

# Keine Aussöhnung

## UN-Resolution zu Sklaverei

Von Jürgen Zimmerer

Am 25. März 2026, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei, erkannte die UN-Generalversammlung die Versklavung afrikanischer Menschen und den transatlantischen Sklavenhandel als »schwerstes Verbrechen gegen die Menschlichkeit« an und forderte Wiedergutmachung. 123 Länder stimmten zu, die USA, Israel und Argentinien dagegen, die Staaten der EU enthielten sich. Die Abstimmung zeigt die vergangenheitspolitische Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den Profiteuren der Sklaverei und deren Opfern. Erstere erkennen keine Pflicht zur Wiedergutmachung für Verbrechen an, die nach damaligem Recht nicht illegal gewesen wären. Überdies stören sie sich an der Verwendung von Superlativen, wie »gravest crime against humanity«, da damit eine Hierarchisierung von Leid angezeigt sei.

Spätestens hier wird deutlich, dass die aktuellen politischen Verwerfungen auch in diesem erinnerungspolitischen Kampf eine enorme Rolle spielen. Die meisten europäischen Staaten, jedenfalls gilt dies für Deutschland, erkennen den Holocaust als schlimmstes Verbrechen der Menschheitsgeschichte an. Und sie erkennen auch eine Pflicht zur Wiedergutmachung für Verbrechen an Jüdinnen und Juden an, auch wenn sie nach Nazirecht nicht illegal gewesen waren. So aber wird moralische Glaubwürdigkeit untergraben.

Ghana, dessen Vertretung die Resolution eingebracht hat, hat der Anerkennung kolonialer Verbrechen durch die bewusste Formulierung als »schwerstes Verbrechen gegen die Menschlichkeit« allerdings einen Bärendienst erwiesen. Man kann sich als Beobachter des Eindrucks nicht erwehren, dass dies auch ein Kommentar zum Konflikt um Israel/Palästina ist. Während die israelische Regierung ihre weitreichende Reaktion auf den Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 mit der Erfahrung des Holocaust begründete, zielt Ghanas Formulierung darauf, die damit verbundene Ausweisung der Singularität zu bestreiten: Sollten koloniale Verbrechen als noch schlimmer gelten als der Holocaust? Wie auch immer man diese Frage beantworten mag, ein Angebot zu Dialog und Aussöhnung ist es nicht, von keiner Seite.

Jürgen Zimmerer ist Professor für Globalgeschichte mit dem Schwerpunkt Afrika an der Universität Hamburg

<https://www.jungewelt.de/artikel/519908.keine-aussöhnung.html>